

Dr. WALTER PUTTKAMMER

## DIE AUSWIRKUNGEN DER PREISABBAUAKTION AUF DIE KAUFKRAFT

Am 8. Dezember des vorigen Jahres erließ die Reichsregierung die „Vierte Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“. Die Bestimmungen dieser Verordnung mußten als rigoroser und endgültig letzter Versuch angesehen werden, der Wirtschaftsnot mit dem Mittel der Deflationspolitik zu begegnen. Das Ziel dieser Politik war, durch Senkung der Unkostenfaktoren in Produktion und Handel zu einer Senkung der Preise zu gelangen, durch dieses tiefere Preisniveau die Kauflust des In- und Auslandes zu reizen, hierdurch die Produktion zu erweitern, durch diese Erweiterung neue Verdienst- und Arbeitsmöglichkeiten und damit Kaufkraft zu schaffen und dadurch im wirtschaftlichen Kreislauf zu einer immer weiteren Ausdehnung des Wirtschaftsprozesses und so zu einer Ueberwindung der Krise zu gelangen. Das Mittel, diese „Ankurbelung“ zu erreichen, und gleichzeitig ihre erste Stufe sollte demnach eine beträchtliche Senkung der Produktionskosten einerseits, also der Löhne, Zinsen, Mieten, Gebühren usw., der Preise andererseits sein. Die Regierung sah dabei 10 Proz. als den allgemein wünschenswerten und erreichbaren Satz an. Ihren sichtbaren organisatorischen Ausdruck fand diese Wirtschaftspolitik in der Einsetzung eines Reichskommissars für Preisüberwachung, der außerordentlich weitgehende Vollmachten und Befugnisse zugesprochen erhielt.

Nach dreimonatiger Tätigkeit gab der Preiskommissar am letzten Tage des Februar im Rundfunk über alle deutschen Sender einen Ueberblick über seine Tätigkeit — ein Vortrag, der mit Recht wohl allgemein als Verabschiedung aufgefaßt wurde, denn in denselben Tagen wurde durch die Reichsregierung verkündet, eine weitere Fortsetzung der Deflationspolitik erscheine nicht mehr angebracht und auch kaum noch möglich.

Diese drei Monate konsequenten und rigorosen behördlichen Druckes auf Preise und Produktionskosten werden als bemerkenswertester Versuch einer Ueberwindung der Krise auf dem Wege

der Kaufkraftschöpfung durch Preissenkung stets ein bedeutsames Kapitel der kapitalistischen Wirtschaftsgeschichte bleiben. Es ist deshalb wohl lohnend, jetzt, nachdem sich an Hand der Wirtschaftsstatistiken ein Ueberblick über die Entwicklung dieses Vierteljahres gewinnen läßt, die Ergebnisse der Preissenkungsaktion einmal kritisch zu betrachten.

Man wird dabei stets davon ausgehen müssen, daß jede Preissenkung nur dann von Erfolg für die Kaufkraftentwicklung sein kann, wenn sie — zunächst einmal rein rechnerisch gesprochen — größer ist als der mit ihr parallelgehende Verlust an Kaufkraft, der durch Senkung der Löhne, Gehälter, Verdienste, Kapital-, Vermietungs- und Renteneinkommen und durch eine etwaige gleichzeitige Zunahme der Arbeitslosigkeit entsteht. Und zwar wird man eine derartige künstliche Preissenkungsaktion als erfolgreich für den Binnenmarkt — und auf diesen im Augenblick wichtigsten Markt war es dabei in der Hauptsache abgesehen, da das Ausland den durch eine Preissenkung forcierten Export bei der gegenwärtigen handelspolitischen Einstellung aller Staaten abwehren mußte — nur dann ansehen können, wenn nicht allein die von der Aktion selbst geforderte Kaufkraftsenkung durch die Preissenkung aufgefangen wird, sondern auch die im Zuge der allgemeinen Konjunkturentwicklung liegende; denn nur dann ist ja eine „Ankurbelung“ wirklich möglich. Praktisch gesehen müßte die hierzu erforderliche Preissenkung allerdings noch ein erhebliches Stück größer sein als der Kaufkraftschwund, denn nicht er allein ist von ihr zu überwinden sondern auch eine starke Einbuße an Kaufwilligkeit, die jeder Preisfall deshalb mit sich bringt, weil überall mit größeren Anschaffungen zurückgehalten wird; denn jeder hofft, mit einem Fortschreiten der Preissenkung rechnen und daher in einem späteren Zeitpunkt noch billiger einkaufen zu können.

Es sei nun versucht, die Einwirkungen der Preissenkungsaktion auf die Preisgestaltung und die Kaufkraftentwicklung aufzuzeichnen, wobei es